

# Report: Firearms in Europe

Historie des Aktionsplans Feuerwaffen der EK

27.11.2015  
Firearms United  
Katja Triebel

Deutsche Übersetzung: David Schäfer, Michael Quilez und Maximilian Heurteur  
Formatiert: Maximilian Heurteur  
14. Dezember 2015

Folgen sie zusätzlichen Berichten: <https://independent.academia.edu/KatjaTriebel>

## Zitierempfehlung

Triebel, Katja (2015) " Historie des Aktionsplans Feuerwaffen der EK" , Report: Firearms in Europe, <http://bit.ly/1Oo1axX>

## Inhalt

1. Einführung .....	3
2. Europäische Waffenrichtlinien .....	4
3. Kleinwaffenaktionsprogramm der UN.....	5
4. EU Aktionsplan Schusswaffen 2013.....	7
5. „Anscheinsdemokratie“ der DG Home.....	9
5.1. EU Feuerwaffen Bericht - Juli 2012 .....	9
5.1.1. Antworten der Ministerien.....	10
5.1.2. Antworten der NOGs .....	10
5.1.3. Summary.....	11
5.2. Schaffung einer Feuerwaffen Expertengruppe .....	11
5.2.1. Andere Expertengruppen .....	12
5.2.2 Mitglieder der Feuerwaffen Expertengruppe .....	13
5.2.3. Inhalte der Aktivitätenprotokolle .....	14
5.3. Öffentliche Onlinebefragung 2013 .....	15
5.3.1 Glossary .....	16
5.3.2. Fragen .....	17
5.3.3. Ergebnisse.....	18
6. Manipulationen und Lügen von Fabio Marini .....	21
7. Die EU missbraucht Angst und Terror für ihren Handlungsplan .....	22
7.1. Nachwort der deutschen Version.....	15

# 1. Einführung

Die Europäische Kommission schrieb am 18. November 2015:<sup>1</sup>

*Die jüngsten Terroranschläge auf die europäischen Menschen und Werte wurden über die Grenzen hinweg koordiniert. Wir müssen zusammenarbeiten, um diesen Bedrohungen zu widerstehen. Wir schlagen strengere Kontrollen für den Verkauf und Registrierung von Feuerwaffen vor, und stärkere Regeln, um unwiderruflich Waffen zu deaktivieren. Wir möchten die Gefahr von Waffen in den Händen von Terroristen bekämpfen. Wir können und werden nicht tolerieren, dass die Organisierten Kriminellen Gruppen Zugriff und Handel mit militärischen Schusswaffen bekommen.*

Aber dieser Vorschlag stärkerer Regeln für bereits strenge Regeln und mit Beschränkung von lebensrettenden Waffen und Schreckschusspistolen und das Verbot von deaktivierten und halbautomatischen Gewehren, die aussehen wie militärische, **hat keine Unterstützung**

- **von der eigenen DG Home Expertengruppe für Feuerwaffen (Kapitel 5.2.)**
- **von Ministerien für Inneres und Justiz (Kapitel 5.1.)**
- **von Ministerien für Verteidigung<sup>2</sup>**
- **von der öffentlichen Meinung<sup>3</sup> (Kapitel 5.3)**
- **von gesetzestreuen Waffenbesitzer, Hersteller und Handel (Kapitel 7)**

Wir vermuten, dass Fabio Marini, der Koordinator zur Bekämpfung des Waffenschmuggels „Firearms Task Force“, sehr frustriert mit den demokratischen Prozessen der letzten drei Jahren und seiner eigenen Expertengruppe ist. Niemand wollte seine Pläne unterzeichnen, alle wollten nur neue harmonisierte Vorschriften für deaktivierte Feuerwaffen.

Aber es gab seit dem 20. Oktober Gerüchte, drei Wochen vor dem blutigen Anschlag in Paris, dass die EU den Vertrieb über das Internet und halbautomatische Gewehre verbieten will. Die Waffenrechtsaktivisten stellten daher Anfragen in Brüssel. Fabio Marini wiegelte diese Gerüchte ab. "Es gab keine Pläne dafür, nur für deaktivierte Feuerwaffen", sagte er. Und dann stellte er den neuen Vorschlag mit drastischen Verboten und drastischen Einschränkungen vor, die eine Bedrohung für die nationale und individuelle Sicherheit darstellen.<sup>4</sup>

***Diese angekündigten Maßnahmen warten seit 2013 auf die Gelegenheit, sie im Moment des Schmerzes und des Terrors der Öffentlichkeit vorzustellen und sie dann umzusetzen.***

Dieser Bericht zeigt Ihnen, wie ein paar Leute - wir kennen nur die Akteure Malmström und Marini, aber es können auch noch andere sein - die Demokratie missbrauchen, um ihre Träume mit Lügen, Manipulation und Ignoranz in Gesetze zu implementieren. Diese paar Menschen waren nie daran interessiert, die Kriminalität zu verringern. Sie wollen nur ihre eigene politische Anti-Waffen Agenda gegen rechtstreue Waffenbesitzer durchsetzen und ignorieren dabei jegliche Transparenz und sämtliche demokratischen Mittel.

<sup>1</sup> [Press Release EC IP-15-6110](#), 18.11.2015 and on [Facebook](#)

<sup>2</sup> [Finland files reservations about EU semi-automatic firearm ban](#), 21.11.2015

<sup>3</sup> Petition: [EU : You cannot stop terrorism by restricting legal gun ownership](#).

<sup>4</sup> [AFTER THE ATTACKS IN FRANCE EC WANTS RESTRICTIONS ON LICIT ACCESS TO WEAPONS](#), 14. 11.2015

## 2. Europäische Waffenrichtlinien

Die beste Zusammenfassung der europäischen Waffengesetze findet sich auf einer Website der US-Regierung:

Auf europäischer Ebene, werden Erwerb und Besitz von Waffen und zugehörigen Gegenständen von zwei Direktiven geregelt: (1) Direktive 91/477/EWG (1991) und (2) Direktive 2008/51/EC (2008). Diese Direktiven dienen der Kontrolle von Erwerb und Besitz von Waffen, ermöglichen den Handel mit Waffen auf einem einzigen Markt und transponieren die Artikel des UN-Feuerwaffen-Protokolls (UNFP) gegen illegale Herstellung und Verteilung von Schusswaffen in die Gesetze der EU. Beide Direktiven enthalten Mindestanforderungen; EU Mitgliedsstaaten steht es frei, schärfere Waffengesetze zu erlassen.

Unter Direktive **91/477/EWG** wurden Schusswaffen nach Gefahrenpotenzial in vier Kategorien klassifiziert:

- A. Verboten,
- B. Genehmigungspflichtig,
- C. Meldepflichtig, und
- D. Die, für die keine Voraussetzungen gelten.

Im Allgemeinen benötigen Personen für Erwerb und Besitz von Schusswaffen Lizenzen und andere Qualifikationen, wie z.B.:

- "guter Grund" für den Besitz vorweisen
- Mindestalter von 18 Jahren, und
- keine Gefahr für sich selbst oder die Gesellschaft darzustellen

Direktive **2008/51/EC** verpflichtet EU Mitglieder, dazu

- Jede Schusswaffe oder relevante Bauteile vor Handelsfreigabe zu markieren
- und vor Markteintritt zu registrieren.

Zusätzlich fordert sie, dass die EU Mitgliedstaaten bis Dezember 2014 ein Waffenregister einführen, zu dem nur bestimmte Behörden Zugang haben. Händler sind auch verpflichtet, ein Waffenbuch zu führen.

Die EU hat auch an ihren Außengrenzen Maßnahmen ergriffen, indem sie 2012 eine Regelung zur Exportkontrolle von Schusswaffen einführte. Hierdurch wandelte die EU den Artikel 10 des UNFP in ein internes Gesetz. Die Regelung verbietet den Verkauf von Schusswaffen an Personen in Drittstaaten, die das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.

Summary by Library of Congress (USA)<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> USA govt.: [Firearms-Control Legislation and Policy: European Union](#)

### 3. Kleinwaffenaktionsprogramm der UN

Unglücklicherweise nutzt diese Regierungsseite die gleichen einseitigen Daten, die die Europäische Kommission seit 2012 verbreitet. Diese Informationen kommen von Cecilia Malmström, der früheren EC Kommissarin für Inneres, die mit dem "Preparatory Committee for the United Nations Conference to Review Progress Made in the Implementation of the Programme of Action to Prevent, Combat and Eradicate the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects"<sup>6</sup> arbeitet(e).

2006 publizierte dieses Komitee:<sup>7</sup>

Vorbereitendes Komitee	Fakten
60% aller Kleinwaffen und leichten Waffen sind in Hand von Zivilisten.	98-99% aller zivil genutzten Schusswaffen (Kategorie B,C und D) werden mit Erlaubnis verkauft und exportiert und kaum für Verbrechen eingesetzt; aber nur 70% aller Kriegswaffen werden mit Erlaubnis exportiert, häufig an kriminelle Regimes.
200.000 Menschen sterben in friedlichen Situationen durch Schusswaffengebrauch	In Europe kommen nur 1000 Menschen durch Schusswaffen um. 70 bis 95% der missbrauchten Waffen sind illegal.
Schusswaffen werden bei 40% aller Morde benutzt.	In Europa nur 10%. Nur 0,5-3% mit legalen Waffen, diese meist in Beziehungsstreitigkeiten wo Täter und Opfer feststehen, das Werkzeug aber austauschbar ist.
Schusswaffen werden bei mehr als 6% aller Suizide benutzt.	Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Waffenbesitz und der Gesamtrate von Suiziden.
Eine der Quellen des Schwarzmarktes ist der legale Waffenbesitz.	Innen- und Justizministerien stellten schon 2012 fest, dass Verbrechen größtenteils mit ohnehin schon verbotenen Waffen verübt werden.
Der zivile Waffenbesitz stellt ein Problem dar	Ziviler Waffenbesitz schreckt häufiger von Verbrechen ab als dass er missbraucht wird. <sup>8</sup>

Es fordert: Eigentum, Besitz und Führen von Waffen sollte durch Lizenzen autorisiert werden, die sich an folgenden Kriterien orientieren:

Vorschläge des vorbereitenden Komitees	Europäische Direktive <sup>9,10</sup>
Mindestalter	Mindestens 18 Jahre seit 1991
Vorstrafen oder häusliche Gewalt	Keine Gefahr für sich oder die Gesellschaft seit 1991
Nachweis eines legitimen Grundes für Waffenbesitz	"guter Grund" seit 1991 for Kategorie B, seit 2008 auch für Kategorie C und D.
Kenntnis der relevanten Waffengesetze	Standard in allen nationalen Gesetzen, schon vor 1991
Nachweis von Training in sicherem Umgang mit Waffen	Standard in allen nationalen Gesetzen, schon vor 1991
Nachweis, dass die Waffen sicher untergebracht werden	Standard in allen nationalen Gesetzen, schon vor 1991

<sup>6</sup> [Conference - "Fight against illicit trafficking in firearms. Where do we stand" / Brussels 2012](#)

<sup>7</sup> [UN A/CONF.192/2006/PC/CRP.7](#), New York, 9-20 January 2006

<sup>8</sup> [Prof. Gary Mauser: Hubris in the North](#), Canada 2007

<sup>9</sup> [Council Directive 91/477/EEC of 18 June 1991](#) on Control of the Acquisition and Possession of Weapons.

<sup>10</sup> [Directive 2008/51/EC](#) of the European Parliament and of the Council of 21 May 2008

Zusätzliche Forderungen des Komitees<sup>11</sup>

Vorbereitendes Komitee	Europäische Direktiven
Munitionsverkauf nur an Personen mit Erlaubnis - in vernünftiger Menge	Standard in den meisten nationalen Gesetzen Warum?
Lizenzen sollen ein Verfallsdatum haben	Waffenbesitzer verlieren ihre Lizenzen, wenn sie wegen Straftaten verurteilt wurden. Verfallsdaten vermehren nur Bürokratie.
Automatische und halbautomatische Sturmgewehre, Maschinengewehre und leichte Waffen im Allgemeinen sollten verboten werden	Außer halbautomatischen Gewehren sind alle seit 1991 verboten
Vertrauenswürdige Register, die Informationen enthalten über den Verkäufer, den Käufer, die Art der Waffen und des Typs der Munition. (Marke, Kaliber und Seriennummer)	Register für Munition erhöhen nur die Bürokratie, Daher wurden sie 2003 in Deutschland wieder abgeschafft. Register für Schusswaffen wurden 2008 in der EU für alle Kategorien eingeführt.
Amnestien, die die Abgabe von legalen und unbenutzten Waffen unterstützen, im Austausch gegen Geld oder Nahrung. Um Wiederverkauf oder Verlust in den Schwarzmarkt vorzubeugen, sollten die so gesammelten Waffen schnellstmöglich zerstört werden.	Dies mag in Staaten nach einem Krieg von Interesse sein, aber nicht in Jahrzehnte alten Demokratien die kaum Verbrechen mit Schusswaffen haben wie die EU-Mitgliedsstaaten.
Staaten sollten beim Informationsaustausch für eine gemeinsame Gesetzgebung kooperieren.	Dies sind auch Wünsche der Endverbraucher
Einbeziehung von internationalen Organisationen und Gesellschaften zur Unterstützung der Staaten bei der Umsetzung dieser Prinzipien.	Solange die EC nur mit NGOs, die keine Waffenbesitzer repräsentieren, redet, wird dies zu einseitigen und undemokratischen Plänen führen.

<sup>11</sup> [UN A/CONF.192/2006/PC/CRP.7](#), New York, 9-20 January 2006

## 4. EU Aktionsplan Schusswaffen 2013

Cecilia Malmström war EC Komissarin von DG Home bis 2014. Sie arbeitete mit Fabio Marini, dem Koordinator der Anti-Firearms Trafficking Task Force an ihrem "Aktionsplan Schusswaffen"

Fabio Marini<sup>12</sup> war im April 2013 Sprecher und Vorsitzender des ERA-Seminars "*The Fight against Illicit Trafficking in Firearms and the Securing of Explosives*"<sup>13</sup> Besucher waren Beamte von Ministerien, Industrievertreter und Polizeibeamte. Glücklicherweise durfte auch Yves Gollety, Präsident der europäischen Waffenhändlervereinigung AECAC, sprechen.<sup>14</sup>

Fabio Marini	Yves Gollety
Schusswaffen sind "Massenvernichtungswaffen". Schusswaffen werden jährlich bei weltweit 245.000 Morden (außerhalb von Kriegsgebieten) benutzt.	Als Folge von vielen Regeln und Reformen seit 1995 in Europa und Frankreich hat sich der Markt gestärkt und professionalisiert, ist viel kontrollierter. Diese Standards haben Schwindler in unserer Branche vollständig entfernt.
Mehr als 5000 Morde (etwa 20% aller Morde) wurden 2012 mit Schusswaffen begangen.	Schusswaffen wurden 2012 in 200 Tötungsdelikten (in FR) benutzt. Kalaschnikow-Derivate wurden in 50 Konflikten zwischen Kriminellen benutzt.
Legal besessene Waffen in der EU fließen weiterhin in den illegalen Markt.	In den tragischen Ereignissen bei Toulouse benutzten die Angreifer drei Sorten nicht registrierter COLT 1911 Pistolen, eine UZI Maschinenpistole und eine STEN, beides automatische Waffen die für Zivilisten seit 1993 verboten sind.
3910 Schusswaffen wurden 2011 alleine in Frankreich sichergestellt, 40% mehr als im Vorjahr.	Die Wahrheit ist komplizierter: In den Jahren 2004-2008 wurden 4000 bis 4400 Waffen sichergestellt. Der Anteil an Kalaschnikows war weiterhin gering. Viele der sichergestellten Waffen stammen aus den letzten beiden Weltkriegen.
Legal im Internet zu kaufende Ersatzteile kann man benutzen, um legale Luftdruckwaffen in gefährlichere Waffe umzubauen	???
Legal im Internet zu kaufende Ersatzteile kann man benutzen, um deaktivierte Waffen wieder funktionstüchtig zu machen	AK-artige Waffen wurden 2011 164 Stück beschlagnahmt, hingegen 90 im Jahr 2010 und 67 in 2009. Es ist extrem schwierig, die Herkunft dieser Waffen genau zu bestimmen, die insbesondere vom Balkan stammen.

<sup>12</sup> [Fabio Marini's speech at ERA-Seminar](#), April 2013

<sup>13</sup> [The Fight against Illicit Trafficking in Firearms and the Securing of Explosives](#), April 2013

<sup>14</sup> [Yves Gollety's speech at ERA Seminar](#), April 2013

Yves Gollety teilte auch folgende Informationen:

Mangels signifikanter und organisierter Bewegung hat sich die Verwaltung entschieden, das Zentralbüro für Waffenschmuggel aufzulösen und in eine umfassende Behörde zu integrieren, die alle Arten von Schmuggel erfasst (Waffen, Drogen, gestohlene Fahrzeuge, Kunst...) Wir können hierzu Christian Lothion zitieren, Zentraldirektor des PJ 2009, der erklärte:

*"Wir erleben einen Anstieg an Waffen von steigender Raffinesse, aber die Situation ist bezüglich des Verkehrs nicht dramatisch." Laut ihm ist die Quelle an Kriegswaffen aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien in den späten 1990er Jahren bereits vertrocknet.*

Der Innenminister, welcher im Mai 2012 abberufen wurde, meinte, dass

*"trotz der intensive Berichterstattung in den Medien in Bezug auf die Verwendung einer "Kalashnikow", ist diese Waffe schwierig zu erwerben, selten und wird hauptsächlich von Mitgliedern des organisierten Verbrechens verwendet."*

---

Der Verkehr an den Grenzen Europas muss verstärkt mit Hilfe der betroffenen Länder kontrolliert werden.

*Abschließend schätzen wir, dass es so viele Verbindungen zwischen dem legalen Handel und dem illegalen Handel mit Waffen gibt, wie zwischen Apotheken und dem Drogenhandel.*

---

2013 gab es ein weiteres Seminar über Schmuggel.

Klaus RÖSLER, Frontex Direktor<sup>15</sup>, hat dasselbe wie auch Yves Gollety gesagt. Niemand hat Feuerwaffen als ein großes Problem hervorgehoben, sondern stattdessen Tabakprodukte, Drogen, Öl, Fahrzeuge, Dokumentenfälschungen und illegale Migration. Der Hauptteil der nachgewiesenen Zwischenfälle fand an den EU-Außengrenzen zur Ukraine (73%), gefolgt von der Grenze zu Russland (17%), statt.

Um die Effizienz im Kampf gegen den Schmuggel zu erhöhen, benötigen die Zollbehörden Folgendes:

- Ausrüstung zahlenmäßig aufrüsten, Ausrüstung und IT regelmäßig aktualisieren;
- die Zusammenarbeit im Zollbereich zwischen den Mitgliedstaaten und den Drittstaaten verbessern;
- die Anzahl und Kapazitäten der Mitarbeiter erhöhen, sie motivieren und trainieren;
- den Widerstand gegen Korruption erhöhen;
- ausreichend Finanzmittel für die Erhöhung der Verwaltungskosten sicherstellen

*Feuerwaffen wurden bei diesem Seminar über Schmuggel nicht einmal erwähnt.*

*Hätten Feuerwaffen eine hohe Priorität, würde auch jemand anderes als Malmström und Marini sich darauf beziehen. Das tut aber niemand!*

---

---

<sup>15</sup> [Speech by FRONTEX Director Klaus Röslér](#), ERA-Seminar, April 2013

## 5. „Anscheinsdemokratie“ der DG Home

Marini hat beim ERA-Seminar 2013 zwei dem Anschein nach demokratische Werkzeuge angekündigt:

1. Es soll eine Expertengruppe zum Feuerwaffenhandel aufgestellt werden, welche sich aus Exekutive, Waffenhersteller, NGOs und anderen Interessensgruppen zusammensetzen soll. Er vergaß zu erwähnen, dass kein Vertreter der Waffenbesitzer als Experte eingeladen war.
2. Einrichtung einer öffentlichen Online-Beratung. Beide Einrichtungen wurden mit der Hoffnung errichtet ihr Ziel zu unterstützen: Feuerwaffen zu verbieten. Ausschnitt aus einer Rede Marinis:

*Wir sind sehr daran interessiert, die Ansichten von einem breiteren Spektrum von Akteure – Opfer, Organisationen und NGOs eingeschlossen – zu erfassen und einen anderen Blickwinkel als den, welcher durch den ENTR Fragebogen 2012 gegeben wurde, wo die meisten Antworten von Benutzern, Händlern und Herstellern von Feuerwaffen kamen, anzubieten.*

---

Marini bezieht sich damit auf den Bericht vom Juli 2012: *Mögliche Vor- und Nachteile von einer Reduzierung der Klassifikation auf zwei Kategorien von Feuerwaffen (verboten und genehmigt)*<sup>16</sup>.

### 5.1. EU Feuerwaffen Bericht - Juli 2012

*Zu diesem Zweck bezogen die Kommissionsdienststellen sowohl die für Feuerwaffen zuständigen nationalen Dienststellen (im Wesentlichen, je nach Mitgliedstaat, die Innen- oder Justizministerien) mit ein, denen im November 2011 ein Fragebogen zugeschickt wurde, als auch die wichtigsten Gruppen von Benutzern ziviler Feuerwaffen – vor allem Hersteller, Einzelhändler, Jäger, Sportschützen und Waffensammler –, die mehrfach gebeten wurden, ihren Standpunkt darzulegen.*

Das heißt, dass die Ministerien einen großen Einfluss hatten und dass nicht die Benutzer selber gefragt wurden, sondern nur ihre Interessensvertretungen.

*Die an die Verwaltungen der Mitgliedstaaten gerichteten Fragen deckten ein breites Spektrum ab und bezogen sich auf folgende Aspekte:*

- a) wirtschaftliche Bedeutung der Hersteller und Einzelhändler von Feuerwaffen;
- b) Zahl der registrierten Jäger und Sportschützen;
- c) Zahl der Inhaber des Europäischen Feuerwaffenpasses;
- d) Angaben zur Entwicklung der Verbrechen und Vergehen in den vergangenen Jahren;**
- e) mögliche Probleme bei der Nachverfolgung von Feuerwaffen;**
- f) systematische Genehmigungspflicht des Erwerbs einer Feuerwaffe;
- g) Gültigkeit der Genehmigung für eine oder mehrere Waffen;
- h) stillschweigende Genehmigung aufgrund einer anderen Genehmigung oder Lizenz;
- i) mögliches Bestehen einer einfachen Meldepflicht;
- j) Interesse an einer verbindlichen Straffung der Kategorien im europäischen Recht;**
- k) mögliche Auswirkungen einer solchen Straffung auf die betroffenen Wirtschaftsbereiche;**
- l) mögliche anzustrebende Verbesserungen.

---

<sup>16</sup> [BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT](#), Juli 2012

Darüber hinaus war klargestellt worden, dass sich der Fragebogen lediglich auf Waffen bezog, die Gegenstand der Richtlinie sind, d. h. auf Jagd- und Sportwaffen, nicht auf Kriegswaffen.

### 5.1.1. Antworten der Ministerien

4.1. Die Antwort auf die Frage, **ob in den letzten Jahren eine nennenswerte Zunahme der Kriminalität mit Jagd- oder Sportfeuerwaffen verzeichnet wurde, fällt meistens negativ aus.** In einigen Mitgliedstaaten wie Griechenland, Polen und Schweden oder auch Portugal ist diese Art von Kriminalität leicht oder in geringem Ausmaß angestiegen.

4.2. In den meisten Mitgliedstaaten, wie Österreich, Ungarn, Bulgarien, Vereinigtes Königreich, Finnland oder Spanien, wird die Entwicklung dieser Art von Kriminalität als relativ stabil eingeschätzt. Aus anderen Mitgliedstaaten wird sogar ein leicht rückläufiger Trend gemeldet, z. B. aus Belgien oder Irland.

**4.3. Diese Aspekte lassen sich auch bei bestimmten Veränderungen der Kriminalität mit Feuerwaffen beobachten, die beispielsweise mit der Verbreitung von Waffen – im Wesentlichen Kriegswaffen – am Ende bewaffneter Konflikte zusammenhängen. Diese Art von Waffen liegt aber außerhalb des Anwendungsbereichs der Richtlinie, in der diese bereits als verboten eingestuft werden (Kategorie A im Anhang I), im Gegensatz zu den Waffen, die zu Freizeit- oder Sportzwecken erworben werden können.**

4.4. Diese letzteren nach der Richtlinie zulässigen Waffen sind auch viel leichter „nachzuverfolgen“, wie aus den Antworten auf den Fragebogen hervorgeht. Die Antworten fallen zumindest **bezüglich des legalen Verkehrs innerhalb der EU überwiegend beruhigend aus.** Denn die meisten Mitgliedstaaten vertreten die Auffassung, dass es im Prinzip und jedenfalls auf nationaler Ebene bei der „Nachverfolgung“ ziviler Feuerwaffen relativ wenige Probleme gibt.

7.5. Allerdings hält eine **bedeutende Zahl von Mitgliedstaaten die derzeitige Situation für im Wesentlichen befriedigend und/oder schlägt keine besonderen Maßnahmen vor.** Einige, z. B. Italien, vertreten den Standpunkt, jede angestrebte Änderung müsse im Hinblick auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit oder anhand des tatsächlichen Bedarfs an Initiativen auf EU Ebene bewertet werden.

7.6. Insgesamt beschäftigen sich die Bemerkungen der Mitgliedstaaten im Wesentlichen mit Fragen der **Nachverfolgbarkeit und der Deaktivierung von Feuerwaffen.** Genau bei diesen beiden Aspekten beabsichtigt die Kommission zu intervenieren, sei es durch Ausarbeitung gemeinsamer Leitlinien zu Standards und Techniken der Deaktivierung, sei es durch die Vergewisserung, dass die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtung einhalten, ein computergestütztes Waffenregister zu führen; **diese beiden Aufgaben sind in der Richtlinie 2008/51/EG vorgeschrieben.**

### 5.1.2. Antworten der NOGs

Jäger und Sportschützen scheinen zufrieden zu sein. Sammler wollen denselben Europäischen Feuerwaffenpass wie Jäger und Sportschützen. Produzenten von zivilen Feuerwaffen sind an einer Vereinfachung der Transportmaßnahmen interessiert.

**8.5. Ein Schritt zur Vereinfachung der Begriffsbestimmung der wesentlichen Teile von Feuerwaffen wird ebenfalls sowohl von den Herstellern als auch von den Einzelhändlern gewünscht.** In der Tat decken sich die Begriffsbestimmungen der wesentlichen Teile von Feuerwaffen in den verschiedenen Rechtsvorschriften nur unvollständig, und eine größere Präzision könnte die Abwicklung von Handelstransaktionen noch reibungsloser und sicherer gestalten.

### 5.1.3. Summary

Die Minister sehen einen stetigen Abstieg oder leichten Anstieg der Verbrechen die Handfeuerwaffen involvieren. Die meisten dieser Verbrechen werden mit Kriegswaffen begangen die bereits verboten sind. Die meisten Mitgliedsstaaten haben keinerlei Probleme die legal erworbenen Waffen nachzuverfolgen; sie wollen lediglich einen besseren internationalen Informationsaustausch. Die Waffennutzer möchten eine Vereinfachung und Vereinheitlichung [des Waffenrechtes] in Bezug auf deaktivierte Handfeuerwaffen sowie essentielle Baugruppen.

*Alle stimmen jedoch darin überein, dass keine Notwendigkeit für die angestrebte Richtlinie besteht da die meisten gewünschten Inhalte bereits in der Richtlinie von 2008 umgesetzt wurden. Es besteht lediglich Klärungsbedarf der bestehenden Richtlinie.*

### 5.2. Schaffung einer Expertengruppe

Marini kündigte die Schaffung einer Expertengruppe an die sich mit dem illegalen Waffenschmuggel beschäftigt. **Diese solle aus Vertretern von Strafverfolgung, Waffenherstellern, Nichtregierungsorganisationen, sowie anderer Interessengruppen bestehen.**

Im April des Jahres 2013 entschied die EU-Kommission Generaldirektion Migration und Inneres eine Expertengruppe mit Maßnahmen gegen illegalen Waffenschmuggel zu beauftragen um die innere Sicherheit der EU zu gewährleisten.<sup>17</sup>

*Mitglieder dieser Expertengruppe sollen sein:*

*Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten (bis zu 9 Mitglieder);*

***Experten von Universitäten, Forschungseinrichtungen sowie Nichtregierungsorganisationen (bis zu drei Mitglieder);***

*Verband der europäischen Feuerwaffenproduzenten (bis zu zwei Mitglieder);*

*EUROPOL (ein Mitglied)*

*Die Expertengruppe soll die Entwicklung der Politik im Kampf gegen den illegalen Waffenschmuggel überwachen sowie Schwierigkeiten identifizieren die sich auf nationaler oder grenzüberschreitender Ebene in Bezug auf die Einbindung der EU-Gesetzgebung und relevanter Vorschriften internationaler Konventionen aus der Perspektive zuständiger Strafverfolgungsbehörden ergeben haben.*

Die **Namen der Mitglieder dieser Expertengruppe** sollen im Register der Kommission Expertengruppen und anderer ähnlicher Instanzen veröffentlicht werden („Das Register“).

*Die Aktivitäten der Expertengruppe sollen von der bereits gemäß Direktive 91/477/EEC bestehenden und per Direktive 2008/51/EC novellierten Kontaktgruppe der nationalen Handfeuerwaffenexperten unberührt bleiben, die die alleinige Kompetenz besitzt die Inhalte dieser Direktiven in Bezug auf den legalen, zivilen Waffenhandel zu erörtern.*

*Dies wirkt zunächst transparent und demokratisch bis man näher auf die Details eingeht.*<sup>18</sup>

<sup>17</sup> [Commission Decision of 11. April 2013, C\(2013\) 1993 final](#)

<sup>18</sup> [Commission DG Home Expert Group E02931](#)

### 5.2.1. Andere Expertengruppen<sup>19</sup>

Es gibt nur drei Expertengruppen zum Thema Handfeuerwaffen, die nicht vom Generaldirektion Migration und Inneres geleitet werden, wovon eine seit 2013 nicht mehr tagt, eine sich mit Pyrotechnik beschäftigt und eine mit Transport und Mobilität innerhalb der EU.

Gornitzka, Åse und Sverdrup untersuchten die EU-Expertengruppen im Jahr 2008 wie folgt:<sup>20</sup>

*"Unser Argument besteht darin, dass die Expertengruppen eine zunehmend wichtige Rolle innerhalb der EU spielen. Wir können eine Entwicklung dieser Verwaltung über alle Sektoren hinweg beobachten. Wir befinden, dass sich die Nutzung von Expertengruppen zu einer gängigen Praxis der Europäischen Kommission entwickelt hat, um Verbindung mit ihrer Umwelt zu halten und um verschiedene Akteure der Staaten und der Gesellschaft zusammenzubringen. Weiterhin ist ein Großteil dieser Expertengruppen ein ständiger und nachhaltiger Teil des Verwaltungssystems geworden.*

*Allerdings zeigen unsere Erhebungen, dass die Expertengruppen bemerkenswert ungleichmäßig unter den verschiedenen politischen Bereichen verteilt sind. Unsere Analyse zeigt, dass Stand Januar 2007 1.237 Expertengruppen unter Organisation der Europäischen Kommission existierten.*

*Zum Ersten operieren die Expertengruppen vornehmlich im Bereich der öffentlichen EU-Politik. Es gibt kaum Expertengruppen, die sich mit interner Verwaltung beschäftigen, und wenige, die mit allgemeinen Leistungen betraut sind.*

*Zum Zweiten ist die Verteilung der Expertengruppen verzerrt und ungleich unter den verschiedenen Generaldirektionen verteilt. Mehr als 75 Prozent aller Expertengruppen sind zehn Generaldirektionen zugeordnet.*

*Ebenfalls Beachtung finden sollte die Tatsache, dass ein großer Teil der Kommissionsexpertengruppen keine Teilnahme von Interessengruppen beinhalten (Gornitzka und Sverdrup 2007). **Wir befanden, dass die Generaldirektion Migration und Inneres sowie Generaldirektion Entwicklung und Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei über relativ wenige interne Ressourcen verfügen und wenig externe Ressourcen nutzen.***

*Des Weiteren können wir eine gewisse Konvergenz der beratenden Systeme in allen Generaldirektionen beobachten, da alle Generaldirektionen bis auf zwei die Anzahl der von ihnen organisierten Expertengruppen erhöht haben.*

*In Problembereichen in Bezug auf interne Verwaltung, allgemeine Leistungen und Außenbeziehungen gibt es wenige bis überhaupt keine Expertengruppen. Wir befinden weiterhin, dass externer Druck in Form der Anzahl von Interessengruppen in signifikantem Zusammenhang mit der Tendenz der EU zur Schaffung von Expertengruppen steht.*

*(Excerpt of the study, highlights added)*

<sup>19</sup> [All Expert Groups related to firearms \(seven\)](#)

<sup>20</sup> [Gornitzka, Åse and Sverdrup, Ulf\(2008\) 'Who consults? The configuration of expert groups in the European union'](#), West European Politics, 31: 4, 725 — 750

**Generaldirektion Migration und Inneres gehört zu den Kommissionen, die kaum über Expertengruppen verfügen und die kaum Beteiligung von Interessengruppen zulassen. Die folgenden Nichtregierungsorganisationen sind für die Generaldirektion Migration und Inneres keine Experten:**

- **FACE** (repräsentiert 7 Millionen Jäger) in Brüssel
- **WFSA** (repräsentiert Waffenbesitzer, -händler und -hersteller) in Brüssel
- **A.E.C.A.C.** (repräsentiert Waffenhändler) in Brüssel
- **FESAC** (repräsentiert Sammler) in Amsterdam

### 5.2.2 Mitglieder der Expertengruppe

- a) Neun anonyme Mitglieder anonymer Strafverfolgungsbehörden aus der Tschechischen Republik, Dänemark, Estland, Deutschland, Litauen, Niederlande, Polen, Schweden und dem Vereinigten Königreich.<sup>21</sup>
- b) Ernesto Savona, Universitätsprofessor und Direktor Transcrime Institute Università Cattolica Sacro Cuore Milano
- c) Sarah Parker, Wissenschaftlerin vom Small Arms Survey Research Institute
- d) Saferworld, Nichtregierungsorganisation
- e) Mauro Silvis, European Association Civilian Firearms Manufacturers
- f) Thierry Jacobs, vertritt den Waffenhersteller FN Herstal
- g) EUROPOL, EU Behörde

**Sarah Parker und Saferworld<sup>22</sup> sind als Waffenkontrollaktivisten bekannt – beide stammen aus dem Vereinigten Königreich.** Saferworld sieht seine Prioritäten darin Waffen aus Drittweltländern zu entfernen und im Rahmen des ATT mehr Kontrolle zu erlangen.

Das Hauptthema des Small Arms Survey-Projekt: *Die Verbreitung von Handfeuer- und leichten Waffen stellt eine tödliche Bedrohung für die menschliche Sicherheit dar.*<sup>23</sup> Man könnte erwarten, dass die Forscher dieses Projekt, die EU Direktiven als angemessen betrachten, allerdings möchte Frau Parker keinen Unterschied zwischen Kriegswaffen und legalen Waffen erkennen und arbeitet daran, das Waffenrecht des Vereinigten Königreiches in der gesamten EU umzusetzen:

*Konventionelle Waffen stellen eine breitgefächerte Kategorie dar, von militärischen Systemen wie Panzern Flugzeugen und Raketen bis hin zu zivilen Waffen. Das Außerachtlassen ziviler Waffen würde ein großes Schlupfloch schaffen, sagt die Expertin. „Man hat ein sehr großes Problem damit, eine hieb- und stichfeste Unterscheidung zwischen militärisch und zivilen Waffen in einem gesetzlichen Kontext zu finden“, sagt Parker, "da verschiedene Staaten unterschiedliche Definitionen und Kontrollen für Waffen haben. Zum Beispiel ist es im Vereinigten Königreich lediglich Militärangehörigen erlaubt Kurz Waffen zu besitzen, wohingegen es in den Vereinigten Staaten einer Individualperson sogar erlaubt ist, ein halbautomatisches Gewehr zu besitzen."*<sup>24</sup>

<sup>21</sup> [EU: expert group](#)

<sup>22</sup> [Saferworld](#) - Homepage

<sup>23</sup> [Small Arms Survey: Mission](#) - Homepage

<sup>24</sup> [US News](#): NRA Takes Aim at Weapons Treaty, July 2012

Ernesto Savona erforscht illegale Waffenverkäufe und arbeitet dabei mit der Small Arms Survey zusammen. Er glaubt, dass der illegale Handel etwa 10 – 20 % des legalen Handelsvolumens erreicht und sieht dabei Polizeikräfte und Hersteller als Hauptquellen.<sup>25</sup>

Strafverfolgungsbehörden im Vereinigten Königreich, Dänemark, Deutschland und den Niederlanden sind dafür bekannt, striktere Waffenkontrollgesetze zu bevorzugen. Hersteller sind von den Behörden in Bezug auf Ausfuhrgenehmigungen und von Regierungen im Sinne eines Absatzmarktes abhängig.

**Aber selbst diese befangene Expertengruppe kam in ihrer zweiten Sitzung 2014 zu folgendem Schluss:**

*Es ergab sich keine Notwendigkeit die Rahmenbedingungen für legal besessene Handfeuerwaffen zu verschärfen, da es keine wirklich schlüssige Beweislage gibt, die diese als Quelle illegal gehandelter Schusswaffen, die in kriminelle Hände fallen, erscheinen lässt.*

### 5.2.3. Inhalte der Aktivitätenprotokolle

Zumindest zwei der drei Sitzungen verfügen über ein Aktivitätenprotokoll. Das Protokoll der Sitzung vom April 2015 ist seit mehr als sechs Monaten unauffindbar.

#### Erste Sitzung 2013

Es wurden Zweifel zum Ausdruck gebracht über die **Exaktheit und den Nutzen der Statistik über illegale Handfeuerwaffen**. Zum Beispiel wurde angeführt dass die Schätzungen (von [www.gunpolicy.org](http://www.gunpolicy.org)) über die Anzahl der Waffenbesitzer nicht mit der Anzahl der bekannten Jäger in den jeweiligen Mitgliedsstaaten korreliert (in Dänemark gibt es beispielsweise über 200.000 registrierte Jäger und Sportschützen, wohingegen die Anzahl der lizenzierten Waffenbesitzer laut [gunpolicy.org](http://gunpolicy.org) lediglich 21.000 beträgt.).

Es wurde für wichtig befunden insbesondere Beschlagnahmedaten und Statistiken über die **Anzahl von Schusswaffendelikten sowohl legal als auch illegal besessener Handfeuerwaffen** zu berücksichtigen.

Ebenso ist Vorsicht bei der Interpretation der Daten angebracht, da unrechtmäßig besessene Waffen (z.B. Erbwaffen) nicht zwangsläufig mit illegaler Nutzung dieser Waffen einhergehen. In Bezug auf die legalen Rahmenbedingungen der EU Mitgliedsstaaten ist ein wichtiges Thema inwiefern die Richtlinie von 2008 **in die nationale Gesetzgebungen eingeflossen ist** und in welcher Weise Waffenschmuggeldelikte verfolgt werden.

In jedem Fall war der gemeinsame Konsens, dass Entscheidungen aufgrund realer Zahlen getroffen werden sollten, nicht auf Basis empfundener Bedrohungen.

#### Zweite Sitzung 2014

Jack Malan (CSES) lieferte einige Forschungsergebnisse. Diese bestätigten, dass Europa ein sehr ernstzunehmendes Problem mit dem illegalen Waffenschmuggel („IFT“ – „Illegal firearms trafficking“) hat.

Die Hauptquelle illegaler Waffen sei die Reaktivierung zuvor deaktivierter Waffen, Einbrüche und Diebstähle (legaler Waffen), Verkäufe legaler Waffen auf dem Schwarzmarkt, ausgemusterte Dienstwaffen der Polizei oder der Streitkräfte, sowie die Umrüstung von Schreckschusswaffen.

<sup>25</sup> [Savona, What are the demensions of armed violence and insecurity in Europe?](#), Juli 201

Claudia Gallo (EY) präsentierte einen Überblick der letzten Version der „Studie zur Unterstützung einer Wirksamkeitseinschätzung in Bezug auf eine mögliche Initiative zur Verbesserung der Vorschriften zur Deaktivierung, Vernichtung und Kennzeichnung von Handfeuerwaffen sowie Signalwaffen und Replikas in der EU“.

In Bezug auf die Sicherheit wurde verdeutlicht, dass es eine Bedrohungen für europäische Bürger in Form der Umrüstung von Signal- und Schreckschusswaffen, der Nutzung von Replikas, der Fälle von Reaktivierung, den steigenden Bedrohungen durch Internetverkäufe sowie mithilfe von 3D-Druckern hergestellter Waffen gäbe.

*Auch hier wurde argumentiert, dass es keinerlei Bedarf für eine Verschärfung der Rahmenbedingungen für legal besessene Handfeuerwaffen gibt, da keine wirkliche Beweislage vorliegt, die nahelegt, dass es sich hierbei um eine Quelle illegal besessener Handfeuerwaffen handelt, die in kriminelle Hände gelangen.*

Der Verband der europäischen Waffenhersteller bemerkte, dass sich der Erfüllung existierender Standards gegen illegale Handfeuerwaffen durch gemeinsame Operationen im Rahmen von Grenzkontrollen sowie Informationsaustausch angenommen werden sollte.

*Die Kommission kam zu dem Schluss, dass viel erreicht werden könne durch eine Verbesserung der bestehenden Richtlinien (z.B. was die Deaktivierung angeht) anstatt die Direktive zu ändern.*

### 5.3. Öffentliche Onlinebefragung 2013

Malmström und Marini waren „äußerst erpicht darauf, die Ansichten einer breiteren Menge an Interessenvertretern – einschließlich Opfer und Nichtregierungsorganisationen – einzufangen und eine alternative Perspektive zur ENTR Umfrage von 2012 zu vermitteln, an der vornehmlich Benutzer, Händler und Hersteller von Handfeuerwaffen teilnahmen.“

Sie begannen die Befragung mit einer völlig voreingenommenen Einleitung.

1. Die gesamte Fragestellung impliziert, dass die Arbeitsgruppe zum Thema Handfeuerwaffen der EU Generaldirektion für Inneres Unterstützung für die Anforderungen des Komitees der UN Handfeuerwaffenkonferenz suchte, einschließlich den Begrenzungen und Seriennummern für den Kauf von Munition.

Diese Annahme wird unterstützt durch die Tatsache dass diese Umfrage

- bereits mehr als 6000 Teilnehmer hatte, bevor wir überhaupt benachrichtigt wurden, während andere zuvor ausgeführte EU Umfragen nur zwischen keinem und 800 Teilnehmern hatten;
- es unterließ auf Fakten, anderslautende Berichte und Aufzeichnungen zu verweisen, wohingegen andere EU Umfragen eben dies taten;
- in 22 Sprachen veröffentlicht wurde, wohingegen andere EU Umfragen ausschließlich auf Englisch oder bestenfalls in 4 Sprachen erschienen;

2. Die Kommissarin der EK war damals Cecilia Malmström, welche sich bereits mit Forderungen nach mehr Überwachung und Zensur des Internets profilierte.<sup>26</sup> Ihre Einstellung in Bezug auf Handfeuerwaffen kann aufgrund ihrer Presseveröffentlichungen sehr gut nachvollzogen werden:
  - Bekämpfung des Waffenschmuggels<sup>27</sup>: Die Kommission schlägt die Ratifizierung des UN Protokolls sowie weitere Maßnahmen vor
  - Fragen und Antworten : Das UN Handfeuerwaffenprotokoll und die EU<sup>28</sup>

Die Einführung hebt die Probleme mit den Worten „**schwere Waffen**“ hervor. Doch die gesamte Frage beschäftigt sich mit „**leichten Waffen**“ (z.B. MANPADS [Man portable air defense systems – Tragbare Luftabwehrsystem, Anm.d.Übers]) und „**Handfeuerwaffen**“ (zivile Waffen eingeschlossen). Im Zusammenhang mit kriminellen oder terroristischen Aktivitäten im Bereich der EU wurden niemals solche „schweren Waffen“ oder „leichten Waffen“ benutzt, allerdings fanden in Kreisen organisierter Kriminalität bereits einige verbotene vollautomatische Feuerwaffen Verwendung.

### 5.3.1 Glossary

**Schwere Waffen** sind große, aber transportable Waffen und sind **für die zivile Nutzung verboten**

- Kanonen: Artilleriewaffen, üblicherweise auf Rädern montiert und mit mehr als 10cm Durchmesser
- Bewegliche Artillerie : (Außer Flugabwehr) Genutzt von Armeen im Felde (besonders für direkte Feuerunterstützung von Truppen an der Front)
- Panzer
- Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge

**Leichte Waffen** sind Waffen die nicht von einer einzelnen Person sondern stattdessen von einer Mannschaft bedient werden müssen sowie einige Kriegswaffen. Diese **sind für Zivilpersonen in der EU verboten**.

- Tragbare und auf Fahrzeugen lafettierte Infanterieabwehrwaffen
- Panzer- sowie Luftabwehrraketen
- Flugkörper
- Granatwerfer
- Raketenwerfer
- Landminen
- Flugabwehrkanonen
- Mörser
- Handgranaten
- Raketentriebene Granaten

**Handfeuerwaffen** sind von Hand bedienbare Feuerwaffen

- Pistolen, Revolver, Büchsen und Flinten
- Einzellader, Repetierer oder Halbautomaten (erlaubt gemäß Kategorie B,C,D)
- Vollautomatische Waffen (im Allgemeinen verboten für Zivilpersonen gemäß Kategorie A)

<sup>26</sup> [Cecilia Malmström](#) in wikipedia

<sup>27</sup> [Combating trafficking in firearms](#), Press Release EU DG Home, March 2013

<sup>28</sup> [Questions and Answers: the UN Firearms Protocol and the EU](#), Press Release EU DG Home, March 2013

### 5.3.2. Fragen

Während sich die Einführung auf Kriegswaffen – welche für Zivilpersonen verboten sind – bezieht, zielen die Fragen auf nicht vollautomatische Waffen ab, welche für Zivilpersonen zugelassen sind. Die Umfrage wurde gelöscht, aber glücklicherweise steht uns eine archivierte Version von A4S zur Verfügung:<sup>29</sup>

*Der Europarat hält fest:*

*Die europäische Kommission wünscht Bürger und Interessenvertreter zu nötigen Handlungen auf EU-Ebene zu befragen, die zur Reduzierung einer Bedrohung von EU Bürgern durch Feuerwaffen beitragen. Die Antworten in dieser Umfrage werden sowohl eine Botschaft prägen, welche die Kommission später in diesem Jahr aufnehmen wird, als auch mögliche zukünftige gesetzgebende und andere Initiativen.*

Die Intentionen scheinen positiv bis zur nächsten Zeile:

*Handfeuerwaffen sind ein üblicher Faktor bei schweren Straftaten, Terrorismus und illegalem Handel. Feuerwaffen und ähnliche Waffen werden üblicherweise legal hergestellt, verbleiben jedoch über Jahrzehnte hinweg effektiv und können mit schrecklichen Konsequenzen für kriminelle Zwecke verwendet werden, wie man unlängst bei den Angriffen in Toulouse, Utøya und Liège sehen konnte. Währenddessen ist der Handel mit Feuerwaffen in der Lage Profite zu generieren, die dem organisierten Verbrechen zugeführt werden und das Gesetz unterlaufen. Diese Waffen **könnten** auf illegalem Wege aus den Lagerbeständen ehemaliger Konfliktgebiete wie dem westlichen Balkan stammen **oder auch aus über das Internet erhältlichen, deaktivierten Waffen oder Waffenteilen umgerüstet worden sein.***

Die Einleitung der Umfrage fährt damit fort, eben genau jene internationalen Gesetze und Bestimmungen als überaus positiv zu verehren, die sich als nutzlos bei der Verhinderung des illegalen Waffenhandels und des Missbrauchs von Waffen in den Händen von Kriminellen und Terroristen erwiesen haben und stattdessen die Leben legitimer Waffenbesitzer täglich schwerer zu machen:

*Viele Mitgliedsstaaten haben das UN Feuerwaffenprotokoll ratifiziert, welches die illegale Herstellung von Feuerwaffen sowie deren Verbreitung zwischen den Staaten ohne das Wissen und die Zustimmung aller beteiligten Staaten verbietet. Auf dieses Protokoll aufbauend hat die EU starke Regelungen aufgenommen, die den Export und Import von Feuerwaffen kontrolliert. Diese versetzen sie in die Lage, diese Waffen leichter nachzuverfolgen. **Seit 2010 ist die EU bestrebt einen Handlungsplan zu erstellen der sich mit dem illegalen Handel von schweren Waffen befasst.** Allerdings gibt es, von wirtschaftlichen Regulierungen abgesehen, weder eine gemeinsame Herangehensweise zur Durchführung vereinter Polizeioperationen auf diesem Gebiet noch existieren gemeinsame Definition von kriminellen Verstößen und deren Sanktionen.*

Die Umfrage enthält 25 Fragen, die sich in fünf Sektionen gliedern: Einführende Fragen; die Rolle der EU bei der Bekämpfung des kriminellen Handels und der kriminellen Nutzung von Feuerwaffen; legale Herstellung, Besitz und Verkauf von Feuerwaffen; Lagerung, Deaktivierung und Zerstörung; Zusammenarbeit mit Drittländern, Polizeioperation, Statistik und Berichterstattung.

**Die Fragen sind aalglatt formuliert, meist trickreich und in unseren Augen von heuchlerischer Natur.<sup>30</sup>**

<sup>29</sup> [European Commission's gun poll: a call to action!](#) A4s News, April 2013

### 5.3.3. Ergebnisse

Wir – die Benutzer – wurden über die öffentliche Befragung informiert und die Befragung erhielt eine große Menge Teilnehmer.

85.673 Teilnehmer insgesamt, davon

- 3464 Organisationen sowie
- 274 öffentliche Einrichtungen

Unsere Antworten, sogar die der Organisationen und öffentlichen Einrichtungen erhielten von Malmström und Marini keine Zustimmung. Daher verwandten sie sogar noch mehr Steuergelder auf eine Telefonumfrage im Sommer 2013, Eurobarometer genannt. Als diese Umfrage dann die gewünschten Resultate erbrachte, veröffentlichten sie die Umfrage im Oktober als ihren „Handlungsplan in Bezug auf die Waffen“.

In der ersten Veröffentlichung des „Eurobarometers“ mit 25.000 Teilnehmern wurden die anerkannten Ergebnisse in mindestens 70 illustrierten Seiten und einer 22-seitigen Zusammenfassung hervorgehoben.<sup>31</sup>

90% der Teilnehmer des „Eurobarometers“ besitzen und besaßen nie Handfeuerwaffen. Diese Menschen haben keinerlei Erfahrung mit der nationalen Gesetzgebung oder den EU-Direktiven.

#### **Jedoch unterstützten nur 53% selbst dieser mit der Materie nicht vertrauten Bürger strengere Regulierungen:**

*Die Mehrheit der Befragten (53%) denken dass eine strengere Regulierung darüber, wer in ihrem Land Waffen besitzen, kaufen oder verkaufen darf, die effektivste Methode wäre um Schusswaffendelikte zu reduzieren. Wie dem auch sei, 4 von 10 Befragten (39%) denke,n dass dies am besten auf andere Art und Weise geschehen sollte.*

*Die öffentliche Befragung mit mehr als 80.000 Teilnehmern wurde in einem versteckten Anhang zusammengefasst. Zwei Wochen später, als das Medieninteresse nachgelassen hatte, präsentierten sie eine 15-Seiten-Zusammenfassung. Es dauerte (möglicherweise wegen des neuen Kommissars) mehr als zwei Jahre bis die Website der Generaldirektion Migration und Inneres einen offiziellen Link bereitstellte.*

**Man wird die Zusammenfassung dieses Berichtes nirgendwo außerhalb dieses sehr kurzen PDF's finden können.**<sup>32</sup>

*Die überwältigende Mehrheit der Antworten (95,6%) kamen von einzelnen Bürgern, 4% von Privatorganisationen und 0,3% von Mitgliedern öffentlicher Behörden.*

*Den Inhalt betreffend: Es wurden 22 Fragen zu vier Hauptanliegen gestellt; a) Die Rolle der EU, b) Legale Produktion, Besitz und Verkauf, c) Lagerung, Deaktivierung und Zerstörung, d) Die Arbeit mit Drittländern, Polizeikooperation, Statistik und Berichterstattung. Am Ende jedes Fragensatzes war es den Befragten möglich, freie Kommentare zu verfassen. Die meisten dieser Kommentare befassten sich mit der Rolle der EU (20.963) und der Gesetzgebung (17028). Der Abschnitt, der sich mit Lagerung und Deaktivierung befasst, erhielt*

<sup>30</sup> [Questions in German and how to interpret them with facts](#). Triebel, 2013

<sup>31</sup> [Eurobarometer 2013](#), DG Home

<sup>32</sup> [Report on European Commission public consultation on EU firearms policy](#), DG Home Oct 2013

11.131 Kommentare und derjenige, welcher sich mit der Zusammenarbeit mit Drittweltländern sowie Polizeikooperation beschäftigt, erhielt 10.051.

*Die Befragten waren mehrheitlich kritisch gegenüber weiterer Interventionen der EU auf diesem Gebiet.*

Zum Beispiel gaben 92% an, dass sie gegen eine Erweiterung der im Anhang I Teil II der Direktive 91/477/EEC definierten Liste verbotener Handfeuerwaffen wären. Einige Antworten waren eher gemischter Natur: In Bezug auf die Frage wie oft die Mitgliedsstaaten ihre Fortschritte in der Bekämpfung des Waffenschmuggels berichten sollten, antworteten 50% mit „nie“, 29% mit „regelmäßig“ und 17% mit „gelegentlich“; in Bezug auf ein Polizeitraining das die Bekämpfung des Waffenschmuggels thematisiert unterstützten 44% ein solches Training „sehr deutlich“ oder „deutlich“ während 54% dagegen waren.

**Als Cecilia Malmström ihren Aktionsplan vorstellte „vergaß“ sie, den Großteil des Widerstandes der Waffenbesitzer zu erwähnen, und maß der sehr schmalen Mehrheit von 53% riesige Bedeutung zu.<sup>33</sup>**

Im Sommer 2013 erregte eine öffentliche Befragung großes Aufsehen und inspirierte viele Ideen um die Rahmengesetze des europäischen Feuerwaffenkontrollgesetzes zu verbessern. Im Lichte dieser Entwicklung hat die Kommission einen vier-Prioritäten-Plan vorgeschlagen um das Risiko durch Feuerwaffen für die Öffentlichkeit über die kommenden Jahre zu reduzieren.

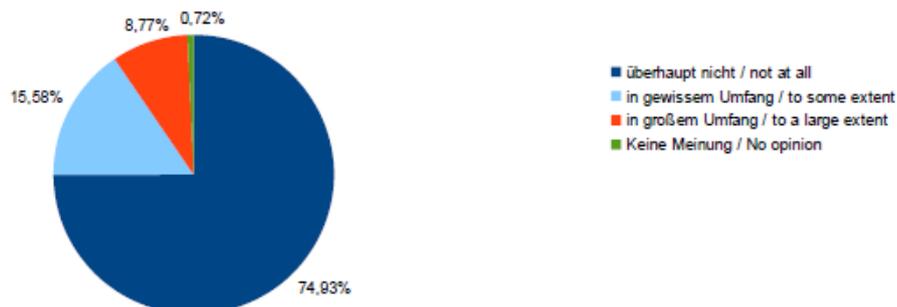
Wir lesen sehr viele Berichte über öffentliche Befragungen. Keiner davon war so befangen wie der Vorliegende. Hier einige Beispiele:

*Eine belgische öffentliche Behörde, belgische und italienische Organisationen sowie französische, britische und deutsche Staatsbürger brachten starke Kritik an Internetverkäufen von Waffen und Munition zum Ausdruck.*

*Kein einziges Wort über die Tatsache dass fast drei Viertel der Teilnehmer, das sind 64.194 Menschen, eine Restriktion ablehnten:*

In welchem Umfang sollte die EU Regeln zur Kontrolle des Kaufs und Verkaufs von Feuerwaffen und deren Komponenten über das Internet festlegen?

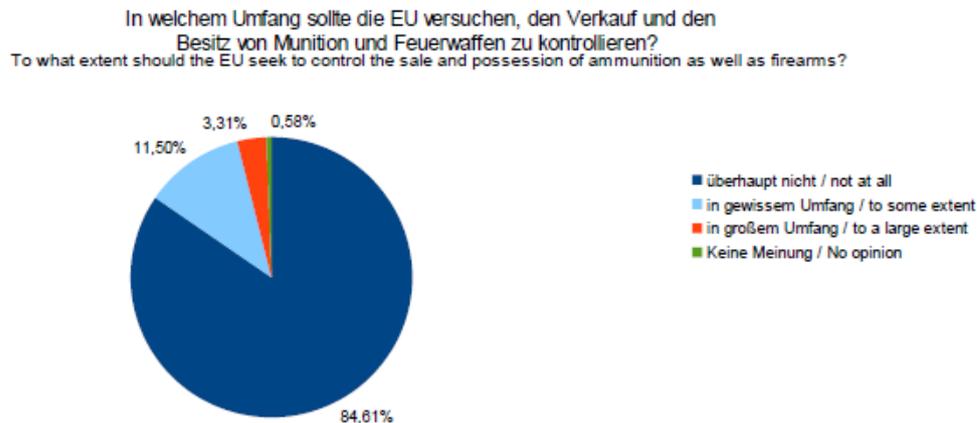
To what extent should the EU establish rules controlling the sale and purchase of firearms and their components over the internet?



<sup>33</sup> [DG Home](#) - Homepage

Was Munition betrifft so verlangte ein Mitglied der spanischen Guardia Civil nach strengeren Regeln beim Kauf von Munition und mehrere britische Staatsbürger kritisierten die uneinheitlichen Regelungen beim Kauf von Gewehr- bzw. Schrotpatronen nach nationalem Recht.

Ein Mitglied der Polizei verlangt Restriktionen und einige Briten erregten sich über uneinheitliche Verhältnisse. Kein einziges Wort über die 78.457 Teilnehmer die zusätzliche Regulationen ablehnten.



Wir könnten noch mehr Beispiele aufzählen, denn die Autorin hatte alle Antworten aus dieser Umfrage in zweisprachlichen Grafiken veröffentlicht, welche Sie in diesem PDF nachschlagen können: Ergebnisse der EU-Umfrage.<sup>34</sup>

---

<sup>34</sup> [Results of EU public consultation 2013](#)

## 6. Manipulationen und Lügen von Fabio Marini

Marini las den Bericht von 2012, also weiß er, dass die Ministerien befragt wurden. Es ist eine unverblümete Lüge wenn er gegenüber den Anwesenden behauptet, dass ausschließlich Waffenbesitzer den Bericht beantwortet hätten.

Bei der Aussage dass die Schusswaffenbeschlagnahmungen 2011 auf einen Stand unter dem von 2004 bis 2008 zurückfielen, tritt eine Manipulation zutage, da er hier nur hervorhebt dass sie 40% höher ausfielen als 2010. Jeder Kriminologe weiß, dass die Polizei nicht jedes Jahr bei der Fahndung nach Schmugglern erfolgreich ist.

Es scheint so als ob 2009 und 2010 Jahre mit unterdurchschnittlichen Erfolgsquoten waren, wohingegen 2011 als normales Jahr erscheint.

Wenn Marini anführt dass 5000 Menschen 2011/2012 ermordet wurden, indem er den tatsächlich Ermordeten 1000 Personen zusätzlich 4000 Selbstmorde aufaddiert, dann ist das eine klare Lüge.

Der Lüge überführt, ändert er seine Aussage zu „über 10.000 alleine in der EU im Laufe der letzten Dekade, zusätzlich zu über 4.000 Selbstmorden durch Schusswaffen jedes Jahr“ und verweist auf die falsche Zahl aus dem EU Bericht anstatt auf Eurostats – er manipuliert damit Leser und Zuhörer.

Als Marini über 240.000 Schusswaffenopfer weltweit spricht, vergisst er zu erwähnen, dass die Krisenherde in Sachen Schusswaffenmorde in Ländern wie Venezuela und Jamaica liegen oder aber in Städten die sämtliche Schusswaffen verbieten, wie etwa Chicago und New York, die wesentlich strengere Regelungen in Bezug auf Handfeuerwaffen haben. Damit manipuliert er das Publikum.

Wenn Marini mit Keith Krause vom Small Arms Survey zusammenarbeitet, dann sollte er Krauses Stellungnahme auf der Global Violence Reduction Conference 2014 kennen.<sup>35</sup>

### **Ein weiteres Ziel: Strategien gegen Auslöser von Gewalt**

*Strategien gegen Auslöser von Gewalt, welche Maßnahmen zur Zugangskontrolle zu Alkohol, Schusswaffen und Drogen beinhalten, können erste kosteneffiziente Beiträge zu effektiven Gewaltpräventionsplänen auf nationaler Ebene darstellen.*

*Keith Krause (Absolvent des Genfer Instituts Small Arms Survey) erörterte die Beweislage im Falle der Waffenrichtlinien. Er sagte, dass Schusswaffentode etwa 46% der gewaltsamen Tode weltweit ausmachen und ein wichtiges Feld zur Erstellung von Richtlinien sind. Krause deutete an, dass die **Neigung Waffen für kriminelle Zwecke zu nutzen nicht mit dem Besitz von Waffen per se zusammenhängt, sondern eher mit der Mitgliedschaft in breit aufgestellten kriminellen Netzwerken** – besonders im Falle von Banden und organisierter Kriminalität. Er betonte ebenso, dass Schusswaffen keine zusätzliche Gewalt schaffen. Eher erhöhen sie die Schwere der Konsequenzen: **Die Prävalenz des Waffenbesitzes hat wenig bis gar keinen Einfluss auf das Gesamtvolumen der Gewaltverbrechen – mehr Schusswaffen, selbe Menge an Gewalt. Die Tödlichkeit der Gewalt hängt von der Verteilung der Waffen ab [mehr davon als von der Prävalenz des***

<sup>35</sup> [Findings from the Global Violence Reduction Conference 2014](#), University of Cambridge (UK)

*Waffenbesitzes] – mehr Schusswaffen, mehr Morde. ‘, so schloss er. Schusswaffentode sollten daher mit Maßnahmen begegnet werden, die kriminelle Netzwerke zerschlagen.“*

Er könnte sogar den gesamten Bericht gelesen und erkannt haben, dass es Gewaltkrisenherde gibt:

*Manuel Eisner (Universität von Cambridge) zeigte auf, dass fast die Hälfte aller 450.000 jährlich begangener Morde in 20 Ländern begangen werden, die 10% der Weltbevölkerung beherbergen. Susanne Karstedt (Universität von Leeds) nutzte ihren Datensatz „Gewalttätige Städte“ um zu veranschaulichen, dass ein großer Teil der 20 gewalttätigsten Länder für Jahrzehnte in dieser Gruppe blieben. Ihre Daten lassen außerdem den Schluss zu, dass Gewalt dazu neigt, sich innerhalb eines Staates zu konzentrieren und dass im Schnitt nur 15% der Staatsfläche von extremer Gewalt betroffen sind. Daniel Ortega (CAF Development Bank of Latin America) stellte das Beispiel der Gemeinde Sucre in Venezuela vor, wo 80% der jährlichen Morde in 6% der Straßenabschnitte stattfinden. Ähnliches berichtete auch Robert Muggah (Igarapé Institut), nämlich dass in den USA 99% der Gewalt auf 5% der Straßenadressen konzentriert ist.*

Für die EU wären diese Krisenherde Vilnius, Tallinn, Luxemburg, Brüssel, Prag, Amsterdam und Bratislava – Städte mit einer Mordrate von mehr als 3 pro 100.000 Einwohner und unterschiedlichen Waffengesetzen.

Außerdem wissen wir, dass der **Konsum von Alkohol oder Drogen sehr stark mit Gewalt verbunden ist**. Das ist der Grund, warum Süchtige keine Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen erhalten. Jedoch begingen diese Süchtigen – neben anderen Kriminellen – die meisten Morde.

*Wenn Marini an der Reduzierung von Gewaltverbrechen interessiert gewesen wäre, anstatt an einem Verbot von Feuerwaffen, würde er diesen Bericht kennen.*

## 7. Die EU missbraucht Angst und Terror für ihren Handlungsplan

Am 18. November kündigte die Europäische Kommission ein Maßnahmenpaket zur weiteren Beschneidung der Rechte legaler Waffenbesitzer in Europa an. Jetzt will die Kommission sich und ihr Vorhaben mit den schrecklichen terroristischen Anschlägen von Paris am 13. rechtfertigen.

Alle Mitglieder von FIREARMS UNITED stellen sich entschieden gegen diesen von der Europäischen Kommission vorgebrachten Plan. Die EU schlägt Maßnahmen wie das Verbot halbautomatischer Gewehre mit militärischem Aussehen, deaktivierter Waffen, sowie Erschwernisse für Waffensammler, um nur einige zu nennen. In die Praxis umgesetzt, betreffen diese Verbote viele Schusswaffen, die von Jägern, Sportschützen und Sammlern von Erbstücken besessen werden. Es ist zudem ein harter Schlag für die europäische Waffenindustrie, welche unzweifelhaft die Schließung vieler Geschäfte und industrienaher Unternehmen nach sich zieht.

*Diese neu angekündigten Maßnahmen haben lange darauf gewartet, einen Moment öffentlicher Angst und Schmerzes abzapfen, um sich aufzudrängen.*

Die Körperschaft der EU nutzt solche sinisternen Manöver seit 2013 als sie versuchte, verschiedene Umfragen durch methodisches Weglassen wissenschaftlicher Hintergründe oder durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch voreingenommene Fragen zu manipulieren. Die EU lieferte außerdem in der Vergangenheit

Berichte welche zahlreiche fehlerhafte oder direkt falsche Daten enthielten. Die Europäische Kommission versucht vor dem öffentlichen Auge mit Lösungen zu bestehen, die das Problem nicht beheben aber die Unfähigkeit der EU maskieren, rational und effizient zu handeln.

*Diese Reihe von Vorschlägen legale Waffen betreffend haben nichts mit den tragischen Ereignissen in Frankreich zu tun.*

Die Attacken wurden mit illegalen Waffen durchgeführt. Kriminelle verfügen nicht über legale Waffen, sind keine Sportschützen, sind keine Jäger, sind keine Waffensammler. Terroristen kaufen ihre Waffen nicht in Waffenläden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden in keinster Weise beeinflussen wie Kriminelle ihren Nachschub an Waffen auf dem Schwarzmarkt erhalten. Ein Schwarzmarkt, der EUROPOL wohlbekannt ist, der aber nicht verfolgt wird aufgrund von Geldmangel.

## 7.1. Nachwort der deutschen Version

FIREARMS UNITED versperrt sich keinem Fall den drei legislativen Vorschläge, die die Evaluation vom Dezember 2014<sup>36</sup> empfohlen hat, auf welche so oft verwiesen wird. Diese Vorschläge hat die Evaluation als mittlere Probleme klassifiziert: **Standards für Schreckschusswaffen, Markierung und Deaktivierung:**

RECOMMENDATION	IDENTIFIED PROBLEMS, GAPS AND ISSUES
<b>5. Define common criteria on convertibility of alarm weapons</b> <i>(Legislative)</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Converted alarm weapons have been used in several crimes and are a matter of concern for a number of EU MS;</li> <li>Uncertainty for law enforcement activities, since the weapons defined as "alarm weapons" can be regulated in different manners across MS;</li> <li>High number of Turkish alarm weapons entering the EU, which appear to be more easily convertible than the ones produced in the EU.</li> <li>Legal uncertainty and lack of clarity for economic operators as to which rules apply to alarm weapons;</li> <li>Burden/obstacles linked to the different national requirements</li> </ul>
<b>6. Harmonise rules on marking</b> <i>(Legislative)</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Limited traceability of firearms across borders and law enforcement capacity: MS apply different marking and registration requirements;</li> <li>Risk of alteration and erasing of the marks</li> <li>Potential issues in terms of traceability of essential components: given the absence of a common definition of essential components, some parts can circulate with no marking and be used in another MS to build or reactivate a firearm.</li> </ul>
<b>7. Harmonise standards and rules on deactivation</b> <i>(Legislative)</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Potential reactivation of deactivated firearms for criminal offences;</li> <li>Circulation of deactivated firearms with different levels of security (depending on the security of the deactivation procedures applied or on the appropriateness of controls performed by competent authorities);</li> <li>Trade in firearms parts that have not been permanently</li> </ul>

<sup>36</sup> [Evaluation of the Firearms Directive - Final report](#)

Wir fragen uns nur, warum das einzige Problem, welches von allen Stakeholdern mit "high priority" bewertet wurde, nicht gelöst wird: Transparenz der nationalen Waffengesetze.

RECOMMENDATION		IDENTIFIED PROBLEMS, GAPS AND ISSUES		
<b>1. Enhance transparency and accessibility of national rules implementing the Directive (Non legislative)</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Information costs for economic operators and MS authorities originated by the differences in the implementation of the Directive's provisions among MS;</li> <li>Burden resulting from the diversity of administrative procedures adopted to implement the Directive's requirements for each category.</li> </ul>		
RESPONSIBLE STAKEHOLDERS	PRIORITY	Impact on specific objectives	Feasibility	Relevance for stakeholders <sup>32</sup>
EC and representatives of MS competent authorities implementing the relevant laws.	H	H	H	H (MS, I, U)

Bereits in der Richtlinie von 1991 heißt es im Artikel 18:<sup>37</sup>

Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie so rechtzeitig nachzukommen, daß die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen spätestens am 1. Januar 1993 zur Anwendung gelangen.

**Sie setzen die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich von den ergriffenen Maßnahmen in Kenntnis.**

Die Evaluation, die von externen Beratern durchgeführt wurde, hat 2014, d.h. nach 20 Jahren diesen Artikel erstmalig erfüllt.

Es ist scheinbar einfacher eine Richtlinie zu verfassen, als sich dann auch um deren Durchsetzung zu kümmern. Die meisten mittleren Probleme sind seit Jahren bzw. Jahrzehnten bekannt, vom EU Parlament in den Richtlinien von 1991 und 2008 eingefordert worden, doch umgesetzt und durchgesetzt wurde von der EK anscheinend davon nichts.

Es wäre sinnvoll, erst die drei legislativen Verordnungen bzgl. Deaktivierung, Markierung und Alarmwaffen zu verfassen und ihre Umsetzung zu kontrollieren. Dann die anderen Vorschläge der Evaluation aufzunehmen, die u.a. fehlende Daten anmahnt. Und dann erst die Direktive für Änderungen zu öffnen.

<sup>37</sup> [Richtlinie 91/477/EWG](#)